

Baugewerkschaft

Organ des Centralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Verhandlungen über den Reichstarifvertrag

Sind am 11., 12. und 13. Februar in Berlin fortgesetzt worden. Wie vorauszusehen war, bildete die Frage der Arbeitszeit den Dreh- und Angelpunkt der Beratungen. Die Bauarbeiterverbände erklärten sich bereit, dem wirklichen Bedürfnis der Bauwirtschaft in bezug auf Mehrarbeit Nachsicht zu tragen, indem sie ihren früher schon gemachten Vorschlag erneuerten, wonach unter bestimmten Voraussetzungen in den Bezirken Ueberstunden vereinbart werden könnten. Wir waren und sind der Meinung, daß dieser Vorschlag durchaus die Grundlage für eine Verständigung hätte abgeben können. Die Unternehmer erklärten ihn aber für unzulänglich; sie hielten an ihrer Forderung einer generellen Verlängerung der Arbeitszeit in den Sommermonaten fest. Eine Annäherung dieser gegensätzlichen Standpunkte war trotz aller Bemühungen des unparteiischen Kollegiums nicht zu erreichen. Auch ein Vorschlag des unparteiischen Vorsitzenden, die Arbeitszeitfrage zunächst zurückzustellen und in den übrigen strittigen Punkten eine Einigung zu versuchen und so vielleicht die Grundlage zu einem Kompromiß zu finden, führte zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer erklärten sich zwar grundsätzlich zu einem Entgegenkommen in diesen Punkten bereit, aber erst nach Klärung der Arbeitszeitfrage. Somit war man am Abend des zweiten Verhandlungstages auf dem toten Punkt angelangt. Es ist aber am dritten Tage weiter verhandelt worden. Und zwar erstreckten sich die Beratungen darauf, ob für die Zeit nach dem Ablauf der bestehenden Lohnabkommen (31. März 1926) ein Weg gefunden werden könnte, der geeignet wäre, die Bauwirtschaft vor Erschütterungen, die sich aus einer etwaigen Nichtregelung der Lohnfrage ergeben müßten, zu bewahren. Das endgültige Ergebnis stand bei Abschluß dieses Blattes noch nicht fest. Wir werden in der nächsten Nummer darüber berichten.

Kopf hoch!

Es sieht zurzeit schlimm aus in Deutschland, keine kann es leugnen. Industriewerte größten Umfangs liegen still, im Bergbau wird eine Grube nach der anderen aufgegeben, im Handel besteht eine bedrohliche Flaute, und immer noch schwellen die Erwerbslosenzahlen. Ueber zwei Millionen unterstüpter Erwerbsloser wurden zuletzt gezählt, und riesengroß sind die Mittel, die nur für die notwendigste Versorgung dieser Massen erforderlich sind. Rechnen man den Monatsverdienst eines Erwerbslosen auf nur 100,- Mark, so bedeutet der gegenwärtige Grad der Erwerbslosigkeit für die deutschen Arbeiter und Angestellten einen monatlichen Verdienstausriss von 200 Millionen Mark. Statt dessen haben Reich, Länder und die teilweise leerlaufende Wirtschaft jetzt monatlich an 130 bis 140 Millionen Mark für die notwendigste Versorgung unseres Erwerbslosenheeres auszugeben.

Welche Unsumme von Geld, materieller und auch geistiger Not sich hinter diesen Zahlen verbirgt, hat wohl die große Mehrzahl von uns am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Für diese zwei Millionen deutscher Männer und Frauen ist es ja nicht bloß der tägliche Kampf um die notwendigsten Existenzmittel, der an ihrer Lebensfreude, an ihrer körperlichen und geistigen Spannkraft zehrt, es ist vor allem das niederdrückende Bewußtsein, arbeiten zu wollen, es aber nicht zu können; verzweifelt zu sein, mit zwei rüstigen Armen und frohem Arbeitswillen dazustehen, wie ein Alter, Gebrechlicher, Schwacher, und die Hilfe anderer für sich in Anspruch nehmen zu müssen.

Mit am schwersten ist wieder einmal — wie immer in den Nachkriegsjahren — unser Baugewerbe betroffen. Hunderttausende unserer Berufscollegen liegen erwerbslos auf der Straße, ohne irgendwelche Möglichkeit, sich mit einer auskömmlichen Winterarbeit über Wasser halten zu können. Daher ist auch gerade hier die Not riesengroß und die mutlose Stimmung vieler Kollegen wohl zu verstehen.

Und trotz alledem heißt es: Hoch den Kopf! Nicht verzweifeln! Schon manche schlimme, ja vielleicht noch höhere Zeit haben wir überstanden, und auch dieses Elend wird vorübergehen. Ohne etwas zu beschönigen,

kann man doch sagen, daß gewisse Anzeichen auf eine Besserung der Lage hindeuten scheinen. Der günstige Erfolg einer Reihe deutscher Auslandsanleihen, große Aufträge deutscher Verkehrsunternehmen, endliches Jangangkommen zahlreicher umfangreicher Notstandsarbeiten, Besserung der Witterung, und vor allem sich heiternde Aussichten auf ein günstiges Baujahr dürften innerhalb kürzerer Frist uns den Höhepunkt unseres Elends übersteigen lassen.

Doch darüber möge man sich heute schon klar werden: Die Besserung auf dem Arbeitsmarke wird sicher nicht das ganze riesige Erwerbslosenheer wieder in Brot und Stellung bringen. Denn dazu hat die letzte Krise zu wild gehaust. Dazu sind zu viele Bechen erschossen und zu viele betriebsvernichtende Pleiten vorgekommen. Dazu hat man vor allen Dingen das Problem einer großzügigen Umschichtung unserer Dauer-Erwerbslosen vollkommen vernachlässigt.

Damit aber erwacht der deutschen Arbeiterschaft eine neue Gefahr. Eine ständige Armee von einer halben Million Dauer-Erwerbsloser wird zu einer dauernden Bedrohung jeder vernünftigen Lohnpolitik. Und doch hängt von der glücklichen Lösung dieser Frage, von einer ganz großzügigen Lohnpolitik, letzten Endes der Wiederaufstieg unserer ganzen Wirtschaft ab. Heute ist man sich wohl in weiten Kreisen unserer maßgebenden Wirtschaftspolitiker darüber klar, daß die Lohnpolitik der letzten Jahre für unsere viel stärker als früher auf den Binnenmarkt angewiesene deutsche Wirtschaft von den verheerendsten Folgen gewesen ist, ja, die gegenwärtige Katastrophe mit verursacht hat. Unsere deutschen Unternehmer haben zu leider — im Gegensatz zu den Amerikanern — das A und O ihrer produktionsverbilligenden Tätigkeit oftmals nur in einer Herabdrückung des Lohnniveaus gesehen. Dadurch ist nicht nur der deutsche Binnenmarkt allmählich erschöpft worden, weil breitere Arbeiterschichten nicht mehr in der Lage waren, mehr als die aller nötigsten Existenzmittel zu beschaffen. Dadurch ist vor allen Dingen eine technische Rückständigkeit der deutschen Industrie — namentlich gegenüber der amerikanischen — großgezogen worden. So beträgt zurzeit der Verkaufspreis eines amerikanischen Autos drüber nur ca. 50 Prozent des Preises, den wir hier für ein gleichwertiges deutsches anlegen müssen, während aber die in Amerika gezahlten Löhne (bei fast gleicher Kaufkraft) ca. viermal so hoch sind als die deutschen! Die amerikanische Automobilindustrie produziert danach also mit einem ca. achtmal so großen volkswirtschaftlichen Effekt als die deutsche! Diesen ungeheuren Unterschied nur durch die höheren Zinssätze in Deutschland sowie die höheren Steuern und Abgaben erklären zu wollen, heißt doch Vogel-Strauß-Politik treiben.

Das große Heer der Dauereverbslosen droht nun aber gewissen mit Blindheit geschlagenen Scharmachern der deutschen Industrie wieder das Schwert des Lohnbruders und der Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in die Hand zu spielen. Und dagegen gilt es heftigen Vorzorge zu treffen!

Christlicher Weise müssen wir zugestehen, daß die Mißerfolge der letzten Jahre durch die deutsche Arbeiterschaft mitverschuldet worden sind. Nie und nimmer wäre es soweit gekommen, wenn nicht den Arbeitgeber in den Reihen der Arbeiterschaft treue Helfer — zum Teil wider Willen — in gewaltiger Zahl entstanden wären. Das ist das Heer der Abtrünnigen, der Unorganisierten, sorg- und verantwortungslos beiseite stehend, immer bereit, den Gewerkschaften in den Rücken zu fallen und andererseits an den mit Nerven und Groschen ihrer organisierten Kollegen erkämpften Vorteilen zu profitieren. Ihnen rückständigsten Kampf!

Das deutsche Baugewerbe zählt zurzeit mindestens 3-400 000 Unorganisierte, deren Erfassung im Interesse einer machtvollen Arbeitnehmer-Politik unbedingt nötig ist. Was wir im einzelnen zu tun haben, weiß ein jeder von uns. Er möge aber auch darnach handeln!

Mag die Zeit noch so ernst und schwer sein, es hat keinen Zweck, sie deshalb mit Jammern und Schloffen zu verbringen! Leider haben wir in unserem Volke allzu viele dieser traurigen Geister, die sich wie ein Klotz an jede aufwärtsstrebende Arbeit hängen! Wir aber als Gewerkschaftler wissen ganz genau, daß weder mit großen Worten noch mit verzweifelten Klagen etwas erreicht wird. Nur durch unermüdete Arbeit für unsere Selbsthilfe-Organisationen, die Gewerkschaften und Genossenschaften, kommen wir voran! Deshalb Kampf der Gleichgültigkeit, der Kautelheit, der Verzweiflung, die sich auch in manchen Gewerkschaftskreisen breit machen droht! Und gleichzeitig ehrliche Arbeit für unsere Bewegung, für unsere christlichen Gewerkschaften, für unseren Bauarbeiter-Verband! Und darüber werden wir nicht bloß unser gegenwärtiges Elend ein wenig vergessen, sondern in nicht zu ferner Zukunft auch den Lohn für unsere Mühen empfangen können.

Der brachliegende Baumarkt

Laßt uns endlich Laten sehen!

Wir stehen in einer Wirtschaftskrise. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Woche zu Woche, die Konkurrenz mehrt sich, die Wechselproteste haben einen erschreckenden Umfang angenommen. Kein Wunder, daß alle verantwortlichen Faktoren nach Mitteln und Wegen suchen, die Wirtschaftskrise zu überwinden oder ihre Folgen wenigstens zu lindern. Die Zentrumspartei hat sich unter Mitwirkung führender Persönlichkeiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes kürzlich in einer Denkschrift eingehend mit den schwebenden Fragen befaßt. Drei Auswege sind gezeigt: Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion, Steigerung der Ausfuhr und Belebung des Baumarktes. Zu dem letzten Vorschlag, der an dieser Stelle im Vorklaute mitgeteilt wurde, sollen einige Bemerkungen folgen.

In der Belebung des Baumarktes hat die gesamte Bevölkerung ein Interesse. Zunächst einmal die Wohnungslosen. In Deutschland fehlen mehr als einmald Millionen Wohnungen. Die Wohnungsnot kann nicht durch Schaffung von Wohnungsämtern und anderen Behörden behoben werden, sondern einzig und allein durch Bauen. Da muß das Problem angepaßt werden. Die Wohnungslosen, Flüchtlinge, Jungberufstätigen breiten darauf. Aber nicht nur diese haben ein Interesse daran, auch das gesamte Baugewerbe: Maurer, Zimmerer, Holzarbeiter, Maler, Klempner, Rohrlager, Tischler, Glaser, Tapezierer, ungelernete Arbeiter usw. Die Ziegeleiarbeiter, Waldarbeiter, die Hersteller von Kalk, Zement, Farben, Tapeten haben das gleiche Interesse daran wie die Eisenindustrie und das Transportgewerbe. Sind Wohnungen hergestellt, dann werden die Einrichtungsgegenstände der verschiedensten Art gebraucht, was wieder die Hersteller dieser Gegenstände: Möbel, Teppiche, Kücheneinrichtung, Töpfe, Silber und andere Schmuckgegenstände, Lampen usw. interessiert. Und sind alle diese Gewerbe gut beschäftigt, dann haben die Arbeiter zu tun. Damit ist das Arbeitslosenproblem mit in den Kreislauf hineingezogen, aber auch der Mittelstand, die Geschäftswelt profitiert davon. Gutentlohnte Arbeiter können eher kaufen als Arbeitslose und Kurzarbeiter. Kommt die Bautätigkeit in Gang, dann profitiert davon unser gesamtes Wirtschaftsleben.

Das ist auch der Grund, weshalb in der Denkschrift und den Anträgen das Hauptgewicht auf die Belebung des Baumarktes gelegt wird; gleichzeitig werden auch Vorschläge gemacht, die erster sind als die Forderung nach Aufhebung der Wohnungsnotwendigkeit. Würde die letzte Forderung der Interessenten verwirklicht, dann würden die Zustände noch schlimmer werden. Also praktische, durchführbare und in ihrer Auswirkung fühlbare Maßnahmen werden verlangt.

Zunächst soll die Regierung einwirken auf die Gemeinden, damit diese billiges Bauland zur Verfügung stellen und für die Herstellung von Straßen und sonstigen Einrichtungen tunlichst verbilligt herbeiführen. Das tut wirklich not. Heute spekulieren auch Gemeinden mit Grund und Boden, anstatt preisregulierend zu wirken. Die Vorschriften über Straßenhau, Anliegerleistungen usw. kennen meist den Wohnungsbau mehr als sie ihn fördern. Unsere Kollegen in den Gemeindeverwaltungen werden gut tun, ihren Einfluß nach dieser Richtung hin geltend zu machen.

Sodann wird beantragt, daß die Hauszinssteuer auch Verwendung findet zur Beschaffung von Unterkunftsbauten, sowie zur Herstellung von Alters- und Behindertenheimen. Auch das bedeutet einen Fortschritt. Die Indalien sind auch ihrer finanziellen Mittel beraubt, die jungen Leute können aber bei ihrem geringen Verdienst die Miete für möblierte Zimmer nicht bezahlen. Könnten mehr Heime gebaut oder erweitert werden, so wäre nicht nur den jungen Leuten geholfen, sondern es würden z. B. auch durch die Aufnahme alter Leute vielfach Wohnungen frei.

Eine weitere Forderung geht dahin, gewisse Aufgaben für das Bauen zu machen über Art, Raumumfang, sowie Herstellungsweise der Wohnungen. Man wünscht eine Normierung und Überwachung der Wohnungen. Die Forderung hat einen berechtigten Kern: Wer von der Behörde finanziell unterstützt wird, muß sich auch gewisse Vorschriften unterwerfen und eine Kontrolle gefallen lassen. Mit dem Gebude, das die Allgemeinheit aufbringt, dürfen keine Luhrsößen Willen von 7, 8 und mehr Räumen entstehen. Aber es ist zu befürchten, daß man wieder zu schematisch und dann zu bürokratisch vorgeht. Das würde

zum Nachteil für Baulustige und das Baugewerbe sein. Deshalb ist hier etwas Vorsicht am Platze.

Der letzte Vorschlag geht dahin, evtl. im Ausland Kapitalien zum Wohnungsbau aufzunehmen. Mit der Hauszinssteuer soll die Anleihe verzinst und amortisiert werden. Der „Vorwärts“ wendet sich gegen den letzten Vorschlag. Er sagt, es sei „besser, wenn ein größerer Teil der Hauszinssteuer zu billigen Hypotheken oder selbst von vornherein zu Baukostenzuschüssen nutzbar gemacht wird“.

Der Vorschlag des „Vorwärts“ ist nicht durchzuführen. Die Hauszinssteuer reicht heute schon nicht aus. Sie noch billiger zu gewähren als heute, wo nur drei bzw. ein Prozent Zinsen verlangt werden und in den nächsten vier Jahren eine Amortisation nicht zu erfolgen braucht, ist nicht angängig.

Vom Standpunkte der Wirtschaft, der Arbeiterkraft, der Gewerkschaften kann man die Vorschläge der Zentrumspartei nur begrüßen. Nur eines ist dabei zu beachten: Das Geld ist da, um Wohnungen zu bauen und nicht die Gewinne der Syndikate und Sammatenrentenrenten zu vermehren.

Hoffen wir, daß man nur aus dem Leben und Erwägen und den Auseinandersetzungen zwischen Mietern und Vermietern und Parteien herauskommt. Sondern sich alle Kräfte dem Bauen und dem Schaffen neuer Wohnungen zu, dann werden bald wieder normale Verhältnisse eintreten.

gesehen, gleich welcher Partei, welcher Interessengemeinschaft der einzelne angehört. Also: Laßt uns endlich Taten sehen! Joseph Dreffert.

Zur Frage der Krankenkassenärzte

Der ärztliche Beruf krankt heute an einer Ueberfüllung, welche auch die Ministerien der Länder bereits wiederholt veranlaßt hat, vor dem Medizinstudium eindringlich zu warnen. Die Gründe für diesen Ueberfluß an Ärzten liegen in verschiedenen Ursachen.

Aus der hieraus erwachsenden Ueberfüllung ist dem ganzen Stande Not und wirtschaftliche Verelendung erwachsen. Verkleinert naturgemäß die Ueberfüllung allein schon Praxis und Einkommen des einzelnen Arztes, so spielen — objektiv betrachtet — in dieser Hinsicht noch zwei Momente schwerwiegend herein. Der deutsche Mittelstand ist nach dem Kriege überwiegend verarmt; damit ging dem deutschen Arzte seine beste und treueste Privatkundschaft verloren.

Wenn ärztlicherseits des Uebels Kern gern in der schlechten Bezahlung durch die Kassen gesucht wird, die sogar von den Lindesbärgern der Preussischen Gebührenordnung noch einen Prozentsätzigen Abschlag machen, so muß bei sachlicher, unparteiischer Würdigung der Verhältnisse doch betont werden, daß, wenn die Gebührensätze auch höhere wären, so dennoch ein Großteil der Kassenärzte darben würde, weil eben ihre Zahl eine zu hohe ist.

von 3 440 000 Mark nur in 220 statt in 806 Teile gegangen. So, wie die Verhältnisse hinsichtlich der Ueberfüllung des Standes der Kassenärzte in München liegen, sind sie auch bei anderen deutschen Ortskrankenkassen gelagert.

Obgleich weitaus der größte Teil der Ärzte Kassenpraxis ausübt, harrten noch viele jüngere Ärzte der Zulassung. Nach den gesetzlichen Bestimmungen können Zulassungen nur erfolgen, soweit zugelassene Ärzte aus der Kassenpraxis ausscheiden, wobei dann obendrein die erste, fünfte und jede weitere fünfte sich durch Abgang erledigende Stelle frei und unbesetzt bleiben muß.

Einmal angenommen, alle Ärzte wären zur Kassenpraxis zugelassen, so wäre damit noch lange nicht jedem Arzt ein glänzendes Einkommen beschieden, denn die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen hat wie alles andere auch eine Grenze. In dieser Frage der Leistungsfähigkeit scheitert ja auch das stete Verlangen nach besserer Honorierung. Wie es hiermit und um die Annahme, die Ärzte wären vor dem Krieg besser bezahlt gewesen wie heute, bestellt ist, zeigt eine summarische Gegenüberstellung der Ausgaben der Allgemeinen Ortskrankenkasse München (Stadt) aus den Jahresberichten 1914 und 1924.

Der Arbeitsmarkt im Februar

Teilweise geringe Abnahme der Arbeitslosenzahl. — Vereinzelt noch starke Zunahme. — Besserung bei den Außenberufen

Die Zahl der Arbeitsuchenden und der Hauptunterstützungsempfänger hat sich nach den neuesten Berichten der Landesarbeitsämter im Februar bisher im allgemeinen nicht mehr wesentlich verändert.

Frei!
Dücker erhalten:
Frei sind die Lande?
Erdlich gebrochen
Knechtschaft und Bande.
Soll dir, du Deutschland!
Frei sind die Felder,
Frei deine Änen,
Frei deine Wälder.
Saus Steidl, Siegung in der „Wölk. Arbeiterz.“

Die Zementfabrikation

Das Erzeugen des Zements geschieht in Schacht-, Ring- und Rotieröfen. Die beiden zuerst genannten Arten gelten heute als veraltet. Ich will mich deshalb auf eine kurze Beschreibung der Rotieröfen beschränken.
Rotieröfen sind etwa 4-50 Meter lange, etwa 3 Meter im Durchmesser messende walzenförmige eiserne Öfen mit Schwerkraftantriebsvorrichtung. Sie haben starke Rotationsgetriebe, wodurch sie sich mit mäßiger Geschwindigkeit um sich selbst drehen. Sie sind mit geringem Gefälle gebaut, so daß die zu brennende Masse sich bei jeder Umdrehung vorwärts bewegt. Die Zementherstellung geschieht durch Kohlenstaubverbrennung. Die wichtigsten Punkte am Rotierofen sind der Ofeneintritt und der Ofenauslaß, denn hier ist das Ofenrotationsgetriebe (außerdem noch Getriebe in der Ofenmitte), ferner Ventilatoren zum Einblasen und zum Abzug von Gasen. Der Abzug muß ein doppelt dicker sein. Da die Verbrennung des Sinterprozesses von hier aus geschieht, so sind entsprechende Vorrichtungen in der Einwand des Ofeneintrittes anzubringen. Die gewöhnliche Höhe bewirkt, daß die Lejen, besonders in der Eintragszone, sich schnell abtragen. Es ist

notwendig, daß ständig eine Kolonne Maurer mit Reparaturarbeiten an den Lejen beschäftigt ist.
Das Zementbrennen geschieht in der Weise, daß das griesförmige Ofenmehl durch Einlaufrohre in den Ofen gelangt. In der Eintragszone trifft das Mehl auf die Flamme und sintert bei einer Hitze von etwa 1500 bis 1600 Grad Celsius zu weißglühenden Klumpen zusammen.
Für die Kohlenstaubverbrennung wird geeignete Kohle in Angelmühlen zu feinstem staubförmigem Mehl gemahlen. Eine besondere Beobachtung erfordert hierbei die richtige Trockenheit der Kohle, wegen der Gefahr der Selbstentzündung. Der Kohlenstaub wird durch starke Ventilatoren am Auslaßlopf der Rotieröfen einblasen und verbrennt in einer gewaltigen Gasflamme. Die Ausstrahlung der Heizkräfte der Kohle ist eine vollständige. Es bildet sich in der Abtragszone des Rotierofens der Zementklinker. Dieser fällt am Auslaßlopf in die Kühltrommeln, welche wie die Rotieröfen konstruiert sind, aber ohne Schwerkraftantriebsvorrichtung. Ventilatoren bewirken eine möglichst schnelle Abkühlung, außerdem ermöglichen sie, daß die Abkühlung sich genau regeln läßt und nicht dem Zufall überlassen ist. Die Zementklinker haben graugrüne bis schwarze Farbe und werden wieder zu Mehl gemahlen. Es werden in bestimmten Abständen Proben entnommen. Darnach wird im Laboratorium bestimmt, wieviel Gipszusatz der Zement enthält. Die meisten Zemente erhalten einen Gipszusatz von 2-5 Prozent. Durch den Gips wird die Setzzeit des Zements beeinflusst. Im Sommer braucht der Zement eine geringere Setzzeit als im Winter. Bei Wasserbauten muß sie größer sein als bei Hochbauten. Für besondere Bauten lassen sich die Sinterzeiten von Großabnehmern berücksichtigen. Der nun ans innigste gemahlte Zement kommt in die Faltlöse. Es werden nochmals in bestimmten Abständen Proben entnommen. Die Faltlöse sind mit Vorrichtungen versehen, so daß sich von außen stets genau beobachten läßt, wieviel Zement sie enthalten. Die Abkühlvorrichtungen der Faltlöse lassen sich auf das genaueste regulieren. Es erfolgt nun das letzte und genaueste Mischen des Zements, das vom Laboratorium überwacht wird. Durch die mehrmaligen genauen Kontrollen und entsprechenden Mischungen wird es er-

reicht, daß der Zement stets die gleiche Qualität hat. In den modernen Betrieben ist das Abwiegen und Versandfertigmachen ebenfalls maschinelle Arbeit.
Bei dem Gange durch eine Zementfabrik ist für den Nichtfachmann am bemerkenswertesten, daß alles, was die Mischung der Massen betrifft, bereits im Voraus im Laboratorium bestimmt wird. Die genaue Kontrolle aller Mischungen auf allen Fabrikationspunkten wird streng durchgeführt. Sehr interessant ist es, die verschiedenen maschinellen und mechanischen Beförderungsanlagen, die alle zur Herstellung eines Produktes dienen, das im Arbeitsgang ist, im Fabrikationsgang in verschiedenen Anordnungen zu feinstem Mehl wird, kennenzulernen, besonders dann, wenn man die vielen, im Laufe der Jahre durch die Erfahrungen gemachten Verbesserungen sehen kann, wie sie alle so feinreich zusammenarbeiten. Sehr lehrreich ist es, die Ausnutzung der Hitze und Gase kennenzulernen, besonders dann, wenn man die Möglichkeit hat, die frühere Betriebsweise unmittelbar mit einer modernen vergleichen zu können. Es ist selbstverständlich, daß in einem solchen Betriebe auch eine große Staubentwicklung herrscht. Da ist es von besonderem Interesse, in den modernen Betrieben die Gipsanlagen zur Verminderung der Staubentwicklung und die Entstaubungsanlagen kennenzulernen. Man muß am Schluß einer solchen Besichtigung es offen aussprechen, daß Chemie und Technik in einträchtigem Zusammenarbeiten Hand in Hand gehen. Die Zementindustrie gibt uns im Baugewerbe ein Vorbild, das unsere Vorfahren nicht bzw. kaum dem Namen nach kannten, das es uns heute ermöglicht, fast unzerstörbare gewaltige Bauten billig herzustellen bzw. entsprechende Bauteile so billig und doch zweckentsprechend herzustellen, daß die Bauten verjüngbar, also produktiv sind.
Kraft ist die Moral der Menschen, die sich vor anderen auszeichnen, sie ist auch die meiste; ich will dem Schicksal in den Rücken greifen, ganz niederschmettern soll es mich gewiß nicht.
Beethoven.

jüngste Abnahme der Zahl der Arbeitslosen. Die meisten Landesarbeitsämter bringen zum Ausdruck, daß in der Entwicklung der letzten Monate ein gewisser Stillstand eingetreten ist. Nur einige Wenige weisen immer noch eine starke Zunahme der Arbeitslosen auf. Die lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften zeigte sich in den Augenberufen, der Landwirtschaft und dem Baugewerbe. In den anderen Berufsgruppen überstieg fast überall der Zugang an Arbeitskräften die Einstellungen. Ausgesprochen ungünstig ist immer noch der Arbeitsmarkt im Metallgewerbe. Auch in der Textilindustrie haben größere Entlassungen stattgefunden. Die Lage der kaufmännischen und technischen Angestellten blieb weiter ungünstig.

In der Landwirtschaft herrschte namentlich in Bayern infolge des üblichen Wechsels starker Vermittlungsverkehr; junge Kräfte sind gesucht. In den anderen Bezirken hielt sich die Belegung noch in engen Grenzen. Die Arbeitsmarktlage im Bergbau blieb etwa auf der Höhe der Vorwoche. Unverändert ungünstig berichtet der rheinisch-westfälische Steinbergbau. Die zu Anfang des Jahres ermittelte Zahl von 40 000 arbeitslosen Bergarbeitern dürfte allerdings noch nicht wieder überschritten sein. Verhältnismäßig günstig war der Beschäftigungsgrad im Braunkohlenbergbau (Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt). In der Kaliindustrie nahm die Verschlechterung ihren Fortgang (Hannover, Sachsen, Anhalt). Der Arbeitsmarkt der Industrie der Steine und Erden kennzeichnet sich in der Berichtswochen durch starke Uneinheitlichkeit der Entwicklung; nur auf dem Arbeitsmarkt der Glasindustrie hat sich die Situation allgemein verschlechtert. Die Krisis in der Metallindustrie hält unvermindert an. In fast allen Bezirken werden neue Entlassungen durchgeführt und auch weitere Stilllegungen gemeldet, besonders stark in Westfalen, Rheinland, Ober- und Niederschlesien, Hannover, Hessen, Freistaat Sachsen, Thüringen, Särktemberg, Baden. Nicht ganz in dem Maße in Berlin, Brandenburg, Sachsen und vor allem Schleswig-Holstein und Ostpreußen. In der chemischen Industrie blieb der in den Hauptproduktionsgebieten im allgemeinen befriedigende Beschäftigungsstand unverändert. Weiter überwiegend ungünstig berichtet das Spinnstoffgewerbe, vor allem aus Berlin, Schlesien, Sachsen, Westfalen und Pfalz. Die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Papier-, Leder- und Holzindustrie gingen weiter zurück; auch das Bekleidungs-gewerbe kann nur ganz vereinzelte Besserungen aufweisen. Die günstige Witterung brachte im Baugewerbe eine Belegung der Vermittlungsstätigkeit, besonders merklich im Freistaat Sachsen.

Allgemeine Rundschau

Tendenzumschwung in der Wirtschaft

In ihrem Wirtschaftsbericht vom Februar 1926 bemerkt die Commerz- und Privatbank:

Die Entwicklung des Monats Januar hat einen Umschwung in der Beurteilung der Aussichten der deutschen Wirtschaft gebracht und damit in wesentlichen Punkten unserer im letzten Bericht dargelegten Auffassung entsprochen, die sich entschieden gegen den damals herrschenden kritischen Pessimismus wandte. Der Tendenzumschwung hat seinen Ausgangspunkt von zweierlei Momenten aus genommen: 1. von der im Januar einsetzenden Ueberfülle des offenen Geldmarktes, 2. von dem wachsenden Vertrauen und der zunehmenden Beteiligung ausländischer Finanzkreise. — Wenn auch von einer Ueberwindung der Wirtschaftsdepression noch nicht gesprochen werden kann, so darf man doch gewisse Anzeichen einer leichten Entspannung nicht verkennen. Wie die Ueberfülle am Geldmarkt ein deutlicher Ausdruck der wirtschaftlichen Krisis ist, so liegt gerade in dieser besonderen Flüssigkeit des Geldmarktes wieder der Kern für eine Wiederbelebung der produktiven Kräfte. Hierbei ist auch noch zu beachten, daß sich als Folge der Depression eine allgemeine Zurückhaltung in der Wareneindeckung ergeben hat, während andererseits die Tendenz zur Flüssigkeit vorhandener Bestände wiederum zu einem erhöhten Grade der Liquidität in manchen Branchen führte, wie die zahlreichen Ausverkäufe der letzten Zeit bewiesen haben. Dazu gesellt sich die Zurückhaltung der Bank- und Finanzinstitute in der Gewährung von Krediten, die ebenfalls ein deutliches Symptom der Depression und der aus ihr entspringenden „Vertrauenskrise“ ist. Die außerordentliche Flüssigkeit am Geldmarkt erweckt eine weitere bedeutsame Verstärkung durch den reichlichen Zufluss an Auslandskrediten und -anleihen. In dem Zusammenwirken dieser Erscheinungen ist die im Januar herrschende Lage am Geldmarkt begründet. Die Flüssigkeit am Markte kurzfristiger Leihgelder war derart, daß sich kaum mehr Unterbringungsmöglichkeiten im Inlande ergaben und man sogar in manchen Fällen zum Ankauf ausländischer Wechsel schritt. Weiter ergab sich zum ersten Male eine Verbindung zwischen dem Markte kurzfristiger Leihgelder und dem Kapitalmarkte, indem zunächst beträchtliche Mittel dem Pfandbriefmarkt zufließen.

Die Zahl der Beamten im Reichstag

Es dürfte interessieren, daß die Volkvertreter im Reichstag sich zu mehr als einem Viertel aus Beamten zusammensetzen, die der Besoldungsordnung unterstehen. Von den 493 Abgeordneten sind nämlich 131 Beamte des Reiches, der Länder und Gemeinden und zwar in der Mehrzahl solche von der Besoldungsgruppe IX an aufwärts. Das sind 26,5 v. H. Relativ die meisten Beamten zählt die Deutschdemokratische Partei mit 50,4 v. H. (von 22 Mitgliedern sind 19 Beamte), dann folgen die Nationalsozialistische Freiheitspartei mit 35,7 v. H. (11:3), das Zentrum mit 31,8 v. H. (69:21), die Deutsche Volk-

Am 20. Februar 1926 ist der achte Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

partei mit 33,3 v. H. (51:17), die Deutschnationale Volkspartei mit 31,5 v. H. (111:35), die Bayerische Volkspartei mit 21,0 v. H. (19:4), die Sozialdemokraten mit 15,2 v. H. (131:20), die Wirtschaftspartei mit 14,5 v. H. (21:3) und zuletzt die Kommunisten mit 8,8 v. H. (45:4). Rechnet man noch die Abgeordneten hinzu, die wie die Krankenkassenbeamten usw. in ihrem Einkommen indirekt von der Besoldungsordnung abhängen, so dürften sich die obigen Zahlen noch wesentlich erhöhen.

Ueber 2 Millionen Erwerbslose!

Die Erwerbslosenziffer per 1. Februar 1926 erreicht den bisher allerhöchsten Stand; sie stellt sich auf 2 029 855 Hauptunterstützungsempfänger gegenüber 1 767 000 der letzten Zählung, was einer Steigerung von 14,9 Prozent gleichkommt.

Aus dem Verbandsleben

Verwaltungsstelle Dortmund. (Jahrestätigkeitsbericht.) Das Jahr 1925 hat an unsere Mitglieder große Anforderungen gestellt. Im Wohngebiet Industrie waren die Löhne im Verhältnis zur Teuerung und gegenüber anderen Gebieten Deutschlands zurückgeblieben. Es mußte daher versucht werden, dieses Unrecht zu beseitigen. Zu Anfang des Jahres wurde ein Schiedsspruch gefällt, der ab 29. Januar eine Erhöhung des Stundenlohnes für Maurer von 76 Pfg. auf 79 Pfg. und ab 1. März auf 84 Pfg. vorsah. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitgeberverbänden abgelehnt, auf Antrag der Arbeitnehmer jedoch vom Herrn Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Im Mai erlebten wir das gleiche Schauspiel. Der amtliche Schlichter fällte einen Schiedsspruch, der eine stufenweise Lohnerhöhung vorsah. Auch dieser Spruch wurde von den Unternehmern abgelehnt. Darauf legten die Bauarbeiter in den verschiedenen Städten die Arbeit nieder. Es fanden am 22. Mai Verhandlungen statt, die zu der Vereinbarung führten, daß ab diesem Tage der Maurerlohn auf 1,10 Mk. erhöht wurde. Die Löhne der anderen Gruppen friegen entsprechend. Im Oktober verlangten die Unternehmer einen Abbau des Lohnes um 14 Pfg. pro Stunde. Als die Gewerkschaften sich dem entgegenstellten, gingen die Unternehmer zum Vorkamp über und stellten unsere Kollegen vor die Tatsache, entweder sich mit dem Lohnabbau einverstanden zu erklären oder sich als entlassen zu betrachten. Die Kollegen nahmen die Entlassung und nach zweitägigen wöchentlichen Kämpfen war der Lohnabbauverbot abgelehnt. Die Spezialberufe mußten ebenso wie der Hauptberuf sich ihre Lohnerhöhungen erkämpfen. Wo die Bauunternehmer sich damit abgefunden hatten, machte die Großindustrie Widerstand geltend. Nach der Einigung im Mai legte sie ihre Bauten still, um dadurch den Lohn herabzudrücken. In der Stadt Dortmund war es zum Teil möglich, die so arbeitslos gewordenen Kollegen auf Privatbauten unterzubringen. Die private Bautätigkeit war überhaupt zeitweilig recht lebhaft, was an der Zahl der fertiggestellten Wohnungen zu ersehen ist. Im Baujahr 1925 wurden in der Stadt Dortmund Wohnungen errichtet:

a) Von der Dortmunder Siedlungs-gesellschaft mit Hauszinssteuer	202 (167)
b) Von sonstigen Baugenossenschaften mit Hauszinssteuer	226 (233)
c) Von Privaten mit Hauszinssteuer	37 (151)
d) Durch Hergabe von Sparkassenhypotheken mit Hauszinssteuer	263
e) Durch Private ohne Hauszinssteuer	183 (25)
Summe	991 (584)

(Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Baujahr 1924). In den Landkreisen Dortmund und Hörde machte sich die Stilllegung der Industriebauten mehr fühlbar, so daß einige hundert Bauarbeiter gezwungen waren, abzureisen. Diese wurden in den Nachbargebieten gern aufgenommen. Die Großindustrie mußte recht bald erfahren, daß auch diese Maßnahmen nicht ausreichten, um die Bauarbeiter müde zu machen. Unsere Kollegen haben keine Opfer gescheut, und so ist es uns gelungen, die Kämpfe zu unseren Gunsten zu entscheiden. Daß bei solchen Kämpfen die Leitung aufs äußerste angepannt wird, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Aus ihrer Tätigkeit ist besonders folgendes erwähnt:

Mitgliederveranstaltungen, zu denen Referenten erschienen	254
Vorstands-, Vertrauensmänner und Delegiertenversammlungen	65
Lohnverhandlungen	18
Konferenzen	26
Bertragungen am Gewerbegericht	39
Schlichtungskommissionen	10
Bertragung in Rechtsachen	33
Begen Mißstände oder Differenzen nach den Punkten gefassten	35
Kartellversammlungen	15

Der christliche Verkehr gestaltete sich wie folgt: Es gingen aus Postorten 317, Briefe 131, Druckfachen 129 — Mit dem Erfolg der Arbitration können wir zufrieden sein. Es wurden im Laufe des Jahres neu aufgenommen 1351 Kollegen, 143 traten aus anderen Verbänden zu uns über, so daß für den Verband 1497 Kollegen neu gewonnen sind. Durch den Tod sind uns 17 Kollegen entzogen worden.

Die finanzielle Entwicklung mußte sich den Schwankungen des Berichtsjahres anpassen. Trotzdem ein Aufwieg gegenüber dem Jahre 1924 zu verzeichnen ist,

soß nicht unerwähnt bleiben, daß durch die Stilllegung von industriellen Bauwerken und durch den früh eintretenden Winter viele gute Mitglieder vorzogen, abzureisen. Es konnte aber trotz allen unliebsamen Erscheinungen eine Gesamteinnahme von 91 257,38 RM. erzielt werden. Davon betrug der Anteil der Hauptkasse 63 226,41 RM. Die Sozialkasse schließt ab mit einem Kassenbestand von 3969,88 RM. Die Ausgaben waren infolge der großen Wirtschaftskämpfe und -risen ziemlich hoch. So wurden 21 347,00 RM. als Streikunterstützung, 7416,80 RM. an erwerbslose und kranke Mitglieder und 613,00 RM. Sterbeunterstützung ausgezahlt.

Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß der gewerkschaftliche Geist im verflochtenen Jahre eine merkliche Besserung erfahren hat, was sich auch in der Beitragsleistung ausdrückt. Die Zuschlagsbeiträge wurden von allen Berufsgruppen bis auf eine verhältnismäßig geringe Anzahl Mitglieder vollständig gezahlt. Wenn alle Mitglieder weiterhin so ihre Pflicht erfüllen, braucht uns um die Zukunft nicht bange zu sein. Im Kassenwesen, so hat uns die Erfahrung gelehrt, ist Pünktlichkeit der beste Kassentat. Die monatliche Abrechnung aller Ortsgruppen mit der Verwaltungsstelle bedeutet ganz entschieden eine Erleichterung in der inneren Verwaltung. Heute wissen wir, daß es das Richtige ist, wenn die Hauskassierer wöchentlich mit dem Ortsgruppenkassierer abrechnen, d. h. das Geld für die verkauften Karten wöchentlich abliefern, und letztere pünktlich das Geld, also wöchentlich, an den Verwaltungsstellenkassierer abgeben. Dieser wird es ohne Zögern an die richtige Stelle befördern. Im neuen Jahre muß es unsere Aufgabe sein, die innere Verwaltung noch vollkommener zu gestalten, so daß sie völlig reibungslos funktioniert. Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit sind die unerlässlichen Voraussetzungen für den Erfolg.

Bei den 59 Verteilungen am Gewerbegericht ist ein strittiger Lohn von 1236,04 Mark für die Kollegen herausgeholt worden.

Zusammenfassend können wir sagen: Das Jahr 1925 war ein Jahr des Kampfes, aber auch ein Jahr des Erfolges. Diesen Erfolg verdanken wir in erster Linie der mackeren Mitarbeit unserer Vorstands- und Vertrauensleute und der Opferwilligkeit der Kollegen. Darum schließen wir mit dem Voratz, auch im Jahre 1926 alles aufzubieten, damit die Erfolge des Jahres 1925 uns erhalten bleiben. In diesem Sinne an die Arbeit!

Y. Petri, A. Ernst.

Verwaltungsstelle Köln (Jahreshauptversammlung.) In unserer Jahreshauptversammlung erstattete H. Lüderoth den Jahresbericht. Er führte ungefähr folgendes aus:

Das Jahr 1925 war ein Jahr schwerster Arbeit und größter Kämpfe für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter. Man darf wohl behaupten, daß der Verband seit Bestehen nicht mit solchen schwierigen Verhältnissen zu rechnen hatte, wie im vergangenen Jahr.

Der Kampf von Unternehmenseite galt vor allem der Organisation der Bauarbeiter. Sie in ihrem Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzubringen bzw. aufzuhalten, war das Ziel der Unternehmenseite. Eine gute Stütze fanden die Unternehmer in diesem Kampfe bei der Industrie, die verlangte, daß die Löhne der Bauarbeiter herabgesetzt und die Arbeitszeit verlängert würde. Zu diesem Zweck stellte sie ihre sämtlichen Neubauten ein, und so wurden schon im Laufe des Sommers viele Bauarbeiter arbeitslos. Trotz dieser schweren Lage blieben die Bauarbeiter ihrer Organisation treu; denn sie haben erkannt, daß sie durch diese eine Macht darstellen. Im Anfang des Jahres stand der Lohn für Maurer auf 83 Pf. Daß dieser Lohn für den Bauarbeiter als Saisonarbeiter zu niedrig war, war allen Kollegen klar. Es kam dann auch im Mai zu einem Kampf, und der Lohn wurde auf 1,15 Mark für Maurer festgesetzt.

Außerhalb unserer Verwaltungsstelle entbrannten im Sommer große Kämpfe, die bis zu 13 Wochen dauerten. Auch diese Kämpfe half der christliche Bauarbeiterverband zum Erfolg führen. Infolge der außerordentlichen Ausdehnung der Kämpfe mußten außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden. Es wurden Extrabeiträge gefordert. Diese sind für jedes Mitglied Pflichtbeiträge und müssen also gezahlt werden. Leider gibt es noch immer Kollegen, die meinen, diese Beiträge nicht zahlen zu müssen.

Im Herbst kündigten die rheinisch-westfälischen Arbeitgeber das Lohnabkommen und verlangten eine Herabsetzung der Löhne um 10—14 Pf. pro Stunde. Auch dieses Vorgehen der Arbeitgeber wurde niedergelämpft und das bestehende Lohnabkommen zunächst bis 31. Januar und später bis 31. März 1926 verlängert.

Auf diese schweren Kämpfe folgte Mitte November eine richtige Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter. Wir hatten in der Verwaltungsstelle am Ende des Jahres 1925 650 Erwerbslosen-Unterstützungsfälle. Das hierbei bei der Dauer der Unterstützung (12 Wochen) das Verbandsvermögen schnell aufgebraucht war, wird jedem Kollegen klar sein, und er wird begreifen, daß die Dauer der Unterstützung auf 36 Tage herabgesetzt werden mußte.

Am Ende des Jahres wurden die Reichstagsverhandlungen erneut aufgenommen, haben aber leider bis jetzt noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Große Schwierigkeiten bereiten die Arbeitszeit, Lehrlings- und Folienfrage sowie die Ferien.

In der Industrie möchte man die Löhne der Bauarbeiter noch weiter kürzen. Das Hädewert von d. Sp. hat einige Maurer wieder eingestellt und wollte diesen einen Lohn von 2 Pf. geben. Wir erheben daran, wie nötig eine gute, schlagfertige Organisation ist. Darum bitte jeder mit, daß es keine Unorganisierten mehr gibt; denn sie sind der größte Feind der Arbeiterschaft.

Der Jahresbericht der Köln. Hilfsk. ergab für die Hauptkasse eine Gesamteinnahme von 13 740,15 Mark und eine Gesamtausgabe von 7 969,26 Mark; für die Sozialkasse eine Gesamteinnahme von 11 876,26 Mark und eine Gesamtausgabe von 5 891,55 Mark. Kolleg

Hilflich bemängelte ebenfalls, daß immer noch Kollegen da wären, welche die Extramarke nicht gezahlt haben. Er forderte die Ortsgruppenkassierer auf, das Geld möglichst schnell an die Verwaltungskassentasse zu senden und bei Schluß des Quartals möglichst schnell abzurechnen, damit auch er mit der Zentrale abrechnen und das Geld zinsbringend angelegt werden könne. — Es waren am Jahresende 1570 Mitglieder vorhanden. — Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

In der Aussprache wurde namentlich betont, daß die Mutmaßung der Arbeitgeber, die Bauarbeiter wollten gerne 9 und 10 Stunden arbeiten, nur die Angelegenheiten der Arbeiterorganisationen hinderten sie daran, sehr übertrieben sei. Kollege Josef Beder (Geschäftsführer der Produktiv-Genossenschaft) unterstrich Wert und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation. Weil der christliche Bauarbeiterverband nach christlichen Grundsätzen aufgebaut sei und geführt werde, sei es der Mühe und der Opfer wert, die es koste, demselben als Mitglied anzugehören. Er wies weiter auf den Segen und Nutzen der Produktiv-Genossenschaft hin. Durch diese sei es möglich, für die Organisation manches neue Mitglied zu gewinnen und in Kampfszeiten einen großen Teil der Kollegen zu beschäftigen. Kollege Beder erbot sich, bei Gelegenheit den Betrieb der „Baugewerkschaft“ besichtigen zu lassen. Kollege Fassbender betonte, daß der neue Kreisstatutvertrag nur auf der Grundlage des Schlußprotokolls abgeschlossen werden dürfe, und daß auch der Verwaltungsvorstand auf diesem Standpunkte stehe. Wenn es keine arbeitslosen Bauarbeiter mehr gebe, dann würden wir auch bereit sein, im Sommer eine bestimmte Zeit eine Ueberstunde zu machen. Aber nur unter der Voraussetzung, daß wirklich Facharbeitermangel bestehe. Er kritisierte das Afford- und Kränken-System sowie das Ueberstundenwesen. Sie seien der Krebschaden unserer Bewegung.

Der Vorstand wurde unter Hinzuziehung eines neuen Mitgliedes einstimmig wiedergewählt.

Borghorst. Mit einer „wunderbaren sozialen Bewegung“ wurden wir Bauarbeiter zu Anfang dieses Monats seitens der Ortskrankenkasse des Kreises Steinfurt bedacht. Der Geschäftsführer der Ortskrankenkasse des Kreises Steinfurt lud seine Vorstande- und Ausschussmitglieder zu einer dringenden Sitzung am 20. 12. 25 ein. Es wurden in dieser Sitzung die finanziellen Schwierigkeiten der Kasse klargelegt, und man suchte Mittel und Wege, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Wichtig wurde auch eine Methode gefunden, die den Finanzen zur Besserung verhelfen sollte, und zwar folgende: Bei der genannten Krankenkasse bestanden bisher 10 Lohnklassen. Es wurde nun beschlossen, die beiden höchsten Stufen (9 und 10) mit sofortiger Wirkung zu streichen. Dieser Beschluß wurde dem Versicherungsausschuss des Kreises Steinfurt in Zusammenarbeit zur Genehmigung unterbreitet. Das Versicherungsausschuss hat auch tatsächlich dem Antrag der Kasse stattgegeben.

In den beiden gestrichenen Stufen sind ja ziemlich sämtliche Bauarbeiter versichert, und man kann sich leicht denken, welche Erregung der Beschluß in ihren Reihen hervorrief. Die Wirkung war, daß die zurzeit in der Ortsgruppe Borghorst Kranken Bauarbeiter, die auch zu dieser Klasse gehören, in Stufe 8 herabgerückt und ihr Krankengeld um 11. — Mark die Woche reduziert wurde! Von einer Ueberlastung der Kasse durch die Bauarbeiter konnte somit kein Wort in Borghorst keine Rede sein, denn es handelt sich um höchstens fünf Fälle. Weil aber gerade wir Bauarbeiter in Stufe 9 und 10 versichert sind und jahrelang unseren Beitrag darin entrichtet hatten, nehmen wir an, daß die Streichung in der bewußten Absicht erfolgte, um uns Bauarbeiter um unsere wohl erworbenen Rechte zu pressen. Dieses Vorgehen der Kasse ist als höchst verwerflich zu betrachten und steht u. G. mit dem Sittengesetz in Widerspruch. Nach unserer Auffassung soll doch die Streichung nur bezwecken, Bauarbeitern, die in den Wintermonaten erkranken, nicht das Krankengeld zu nehmen zu lassen, worauf sie sich ein Recht auf Grund ihrer Beitragszahlung erworben haben. Diese unsere Auffassung wird dadurch gestützt, daß bei der Streichung hervorgehoben wurde, es könnten die gestrichenen Stufen ja wieder eingesetzt werden, wenn der Winter vorüber sei und die Finanzlage der Kasse es erlaube. Aus dieser Deutung geht doch ganz deutlich hervor, daß man uns in diesem Winter um unser Recht bringen will, wir aber im vorigen Sommer als hohe Beitragszahler recht willkommenen Mitglieder waren.

Eine zweite Bewegung der Kasse war, daß bei erwerbslosen Mitgliedern jegliche Familienbeihilfe seitens der Kasse unterbleibt. Es liegt auf der Hand, daß dadurch die Not der Erwerbslosen noch mehr vergrößert wird: es tritt Verschuldung beim Arzt, Krankenhaus und Apotheker ein. Nicht unerwähnt soll aber noch folgendes bleiben: Im vorigen Sommer konnte die Krankenkasse zwei Häuser zu Verwaltungszwecken kaufen. Man wird den Eindruck nicht los, daß dieser Häuserkauf aus den erwähnten Maßnahmen finanziert werden soll. Proportional in allen Stufen gleichmäßig abzubauen, fällt der Kasse gar nicht ein; die „Ersparnisse“ gehen hauptsächlich auf Kosten der Bauarbeiter.

Es wird dieses wohl genügen, um von der Krankenkasse des Kreises Steinfurt und ihrem sozialen Geist einen Begriff zu bekommen. Der Geschäftsführer, ein Herr Knob aus Burgheim, ist ein so edler Herr, daß er vorige Woche einem kranken Bauarbeiter, der zum Krankenhaus kam, keine Kränkung machte, sondern nur ein wenig Wein brachte. Natürlich hat dann der Arzt anders empfunden wie dieser Bauerndochter.

In diesem Jahre sind die Krankenkassen des Nordrheins und des Westfalens. Da heißt die Straße für uns Bauarbeiter: Auf der Hut sein, den richtigen Kampf an den richtigen Tag führen! Dieses soll mein Aufruf für die Mitglieder der Ortskrankenkasse des Kreises Steinfurt. Tatsächlich wurde von unserer Bezirksleitung in

Münster ein energischer Protest beim Oberberufungsamt in Münster eingereicht. Öffentlich hat er Erfolg. Josef Buskamp.

Jahren (Ems). Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle, welche am 21. Januar 1926 stattfand, war von 80 Kollegen besucht, somit von 80 Prozent der überhaupt vorhandenen Mitglieder. Aus der Abrechnung war ersichtlich, daß sämtliche Beiträge, Zuschlags- und Extrabeiträge von fast allen Mitgliedern entrichtet waren. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Dann legte der Kassierer, Kollege Borghorst, noch besonders auseinander, daß in der jetzigen Zeit der großen Arbeitslosigkeit es Pflicht eines jeden Mitglieds sei, dort, wo Arbeitsstellen offen stehen, dieses sofort dem Vorstand mitzuteilen, damit so die seit langem arbeitslosen Kollegen wieder Arbeit und Verdienst erhalten. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß es in der heutigen schweren Zeit, wo alle Stände sich einbilden, die Bauarbeiter bekämpfen zu müssen, Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes sei, mit aller Energie für unseren Verband zu werben und so dafür zu sorgen, daß es im Baugewerbe unorganisierte nicht mehr gibt. Dies sei eine ernste Christenpflicht für alle, die sich noch Christen nennen.

Sozialpolitik

Voraussetzung für Erwerbslosenunterstützung.

Nach dem Wortlaut des § 4 der Verordnung über Erwerbslosenunterstützung vom 16. Februar 1924 wird die Erwerbslosenunterstützung nur solchen Erwerbslosen gewährt, die in den letzten 12 Monaten vor Eintritt ihrer Unterstützungsbedürftigkeit mindestens drei Monate hindurch eine Beschäftigung ausgeübt haben, in der sie gegen Krankheit pflichtversichert waren. In der Praxis ist nun die Ansicht aufgefaßt, zum Erwerb der Unterstützungsbedürftigkeit sei auch erforderlich, daß während der dreimonatigen Krankenversicherungspflichtigen Beschäftigung auch Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge geleistet wurden. Diese Rechtsauffassung ist indessen irrig; denn laut Beilage des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt hängt die Gewährung nur von einer vorwährenden mindestens dreimonatigen Krankenversicherungspflichtigen Beschäftigung ab und nicht auch noch davon, daß während dieser Zeit Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge geleistet worden sind.

Wenn also ein Arbeitnehmer, der in den letzten 12 Monaten vor Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit drei Monate hindurch eine Krankenversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt, aber während dieser Zeit aus irgendwelchem Grunde keine Erwerbslosenfürsorgebeiträge entrichtet hat, Antrag auf Erwerbslosenfürsorge stellt, kann er von der Erwerbslosenfürsorge nie mals mit der Begründung abgewiesen werden, daß er während der drei Monate keine Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge geleistet habe.

Beitragspflicht zur Invalidenversicherung bei Notstandsarbeiten. Nicht allein für die Beiträge fordern die Landesversicherungsanstalten, sondern ebenso für die Notstandsarbeiter selbst ist es von Interesse und Bedeutung, zu wissen, ob während einer Beschäftigung als Notstandsarbeiter Beiträge zur Invalidenversicherung zu entrichten sind.

Wenn man von der Erwägung ausgeht, daß sich die als Notstandsarbeiter beschäftigten Erwerbslosen in einem Fürsorgeverhältnis öffentlich rechtlicher Art befinden, wenn man sich weiterhin von dem Gedanken leiten läßt, daß ihr Arbeitsverhältnis keineswegs auf freier Vereinbarung zwischen ihnen und dem Arbeitgeber, sondern im tiefstem Grunde auf behördlichem Zwange beruht, könnte man füglich an der Beitragspflicht der Notstandsarbeiter zur Invalidenversicherung zweifeln. Tatsächlich bestand in dieser Frage auch lange Zeit große Unklarheit, die erst beseitigt wurde, als die Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten vom 30. April 1925 erlassen wurden. Dort heißt es in § 9, jeden Zweifel ausnehmend: „Die Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten ist eine Form der Erwerbslosenfürsorge, gilt aber als Beschäftigung gegen Entgelt im Sinne der Krankenversicherung und als Beschäftigung im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Die Notstandsarbeiter erhalten an Stelle der Erwerbslosenunterstützung eine Vergütung, welche der Leistung anzupassen ist.“

Damit hat die Streitfrage der Beitragspflicht der Notstandsarbeiter zur Kranken- wie Invalidenversicherung im bejahenden Sinne gesetzliche Klärung gefunden.

Zufahrt für erwerbslose Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Nach den bisherigen Bestimmungen erhalten voll im Erwerbsleben stehende Versorgungsberechtigte, deren Einkommen lediglich der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse wegen gemindert war und unter der im Reichsverordnungsgesetz vorgesehene Einkommensgrenze blieb, in der Regel keine Zufahrt. Man begründete in diesen Fällen die Verweigerung der Zufahrt damit, daß die Rinderung des Einkommens mit der Dienstbeschäftigung nicht im Zusammenhang stehe. Wie uns von der Hauptgeschäftsstelle des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener E. S., Berlin W 18, mitgeteilt wird, ist mit Rücksicht auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse vom R. S. G. bestimmt worden, daß vom 1. Januar 1926 ab auch Erwerbslose und Versorgungsberechtigte die halbe Zufahrt erhalten können, wenn sie bei Erfüllung aller sonstigen Voraussetzungen für die Gewährung der Zufahrt nur wegen der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit ihrem Einkommen unter der vorgesehene Einkommensgrenze bleiben. Voraussetzung hierfür ist weiter, daß die Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit nicht nur vorübergehend und von kurzer, d. h. von höchstens zeitlich begrenzter Dauer ist. Auch Saison-

arbeiter, bei denen es sich nicht um eine durch die augenblicklichen Verhältnisse vorgeordnete Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit, sondern um eine bei normalen Arbeitsverhältnissen übliche Arbeitspause handelt, sind von der Gewährung der Zufahrt ausgeschlossen. Das gleiche ist der Fall bei Versorgungsberechtigten, die zurzeit ihren Beruf voll ausüben, gleichgültig, welches Einkommen sie haben. Sofern die halbe Zufahrt und das sonstige Einkommen (Erwerbslosenunterstützung usw.) den Betrag der vollen Zufahrt nicht erreichen sollte, ist zu der halben Zufahrt noch der Unterschiedbetrag zwischen diesen Beträgen zu zahlen. Anträge sind bei der zuständigen Fürsorgestelle anzubringen.

Ein wichtiger Termin für Kriegsbeschädigte.

Von der Hauptgeschäftsstelle des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener E. S., Berlin W 18, wird uns geschrieben: Gemäß Art. 2 des dritten Wändersgesetzes zum Reichsverordnungsgesetz vom 28. Juli 1925 erhalten diejenigen Kriegsbeschädigten, die im Jahre 1923 nach § 104 des R. S. G. mit einer Abfindung von 600 000 Papiermark aus der Rentenversicherung ausgeschieden sind, auf Antrag eine einmalige Nachzahlung von 50 Mark. Diese Nachzahlung wird jedoch nur dann bewilligt, wenn das durchschnittliche Monatseinkommen des Beschädigten 200 Mark nicht übersteigt. Zur Ermittlung des durchschnittlichen Monatseinkommens wird in der Regel das Einkommen in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. September 1925 zugrunde gelegt. In Abzug können gebracht werden: Frauen- und Kinderzulagen, sowie Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haft-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, außerdem der Steuerbetrag. Bleibt nach Abzug dieser Beträge ein durchschnittliches Monatseinkommen, das den Betrag von 200 Mark nicht übersteigt, so kann ein Antrag auf Gewährung dieser Abfindungssumme unter Beifügung einer Lohnbescheinigung und der Bescheinigung des Finanzamtes an das zuständige Versorgungsamt gerichtet werden. Die Frist zur Stellung dieses Antrages läuft am 28. Februar 1926 ab. Alle Anträge müssen darum vor diesem Termine beim zuständigen Versorgungsamt eingegangen sein. Es wird jedoch noch darauf aufmerksam gemacht, daß zur Zeit der Entscheidung über den Antrag auf die Nachzahlung kein Antrag auf Wiedergewährung der Rente infolge Verschlimmerung des Dienstbeschädigungsleidens vorliegen darf. In diesem Falle ist zwar auch der Antrag vor Ablauf der genannten Frist auf Nachzahlung zu stellen. Die Entscheidung hierüber wird dann jedoch solange zurückgestellt, bis das Ergebnis des Antrages auf Wiedergewährung der Rente bekannt ist.

Bücherchau

Einst und Setzt in der wirtschaftlichen und sozialen Lage der deutschen Arbeiterchaft. Von Heinrich Kreil. 32 Seiten. Preis 30 Pf., für Nichtmitglieder 50 Pf. Diese Schrift zeigt, wie sich die Gewerkschaften gegen die damalige Regierung und die Arbeitgeber trotz heftigen Widerstandes haben durchsetzen müssen, um das soziale Elend der rechtlosen Arbeitnehmerchaft zu bessern. Sie zeigt, welche Fortschritte erzielt und was an Rückschritten verhindert worden ist. Sie zeigt vor allem, daß zu einem Pessimismus, den die „Gelben“ mit ihren Unternehmern versuchen in die Arbeiterchaft zu tragen, gar kein Grund vorhanden ist. Jeder, der diese Schrift eifrig liest, wird die bisher geleistete Gewerkschaftsarbeit besser zu würdigen wissen und zu der Ueberzeugung kommen, daß die Gewerkschaften eine unbedingte Notwendigkeit für die Arbeitnehmer bilden.

Christlicher Gewerkschaftsverlag
Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

Bekanntmachungen

Verwaltungsstelle Rheine i. W.

Unsern Mitgliedern zur Mitteilung, daß wir ab 8. Februar hier ein Büro eingerichtet haben. Es befindet sich Enger Gang Nr. 3. (bisheriges Büro des christlichen Metallarbeiterverbandes). Unser Lokalbeamter, Kollege Landzettel, wird vorerst jeden Dienstag und Freitag, nachmittags von 3—8 Uhr, anwesend sein. Sämtliche Verwaltungsstellengeschäfte, insbesondere die Ausgabe der Beitragsmarken und der Verbandszeitungen an die Vertrauensleute, erfolgen nunmehr vom Büro aus.

Der Vorstand.
S. A.: Heinrich Striet.

Sterbetafel

Am 29. Januar starb im Krankenhaus in Duderstadt unser lieber Kollege **Johannes Feldmann** im Alter von 22 Jahren. Er war Mitglied und seit einem Jahre Vertrauensmann unserer Ortsgruppe Bochum. Als jugendbegeisterter Gewerkschafter und idealer Vertrauensmann wird er uns unergötlich sein.
Ortsgruppe Bochum.

Am 6. Februar starb unser lieber Kollege **Gottlieb Hartmann** im Alter von 75 Jahren an Asthma. Er war seit der Gründung unserer Verwaltungsstelle ein treuer Kämpfer für unsere Sache. Mögen die jungen Kollegen ihm nachahmen!
Verwaltungsstelle Enger i. W.

Ehre ihrem Andenken!